

## **VOTEN DES PRÄSIDENTEN DES BÜNDNER GEWERBEVERBANDES ZUR REVISION DES KANTONALEN STEUERGESETZES (SITZUNG VOM 16. UND 17. OKTOBER 2006)**

*AUSZUG AUS DEM WORTPROTOKOLL DES GROSSEN RATES (GRP 2006/2007, 417F.)*

### **EINTRETENSDEBATTE**

Schädler: Grossrätin Christina Bucher oder auch Grossrat Hans Peter Michel haben es soeben gesagt. Die Steuern sind nicht der einzige Standortfaktor aber ein sehr wichtiger. Und der Kanton Graubünden weist bekanntlich viele Standortnachteile auf. Diese muss ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, sicher nicht aufzählen. Viele der Standortnachteile können aber aus eigenem Antrieb nicht verändert oder verbessert werden. Deshalb gilt es umso mehr das Augenmerk auf diejenigen Massnahmen zu richten, die durch uns aktiv gestaltet und beeinflusst werden können. So z.B. die Bereitstellung eines attraktiven Bildungsangebotes und die Förderung des Tourismus oder aber auch, wie im vorliegenden Falle, eine konkurrenzfähige Steuerbelastung.

Um unsere unbestrittenen Standortnachteile wettzumachen oder mindestens zu mildern, ist es deshalb dringend nötig, den Hebel dort anzusetzen, wo wir aus eigener Kraft etwas bewegen können. Dies hält auch die Regierung in ihrer Botschaft auf Seite 1163 fest. Und als Neuling in diesem Rat bin ich übrigens beeindruckt von der Qualität dieser Botschaft und ich gratuliere den beteiligten Personen. Mit der vorliegenden Teilrevision des Steuergesetzes haben wir es also in der Hand, einen grossen Standortnachteil mindestens zu mildern. Wir wollen mit dieser Revision im interkantonalen Steuerwettbewerb wieder konkurrenzfähiger werden. Und dies gilt für Privatpersonen genau so wie für Unternehmen.

Mit einer Vorlage, welche natürliche und juristische Personen entlastet wird ein wichtiger Meilenstein für das Wachstum in unserem Kanton erreicht. Die Steuerreform beinhaltet also auch eine gewisse Methodik des Interessenausgleichs. Dies müssen mir auch meine Nachbarn und Grossrat Jaag eingestehen, auch wenn sie das Gesamtpaket aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnen. Veränderungen am Steuersystem sind aus meiner Sicht nämlich nur dann möglich, wenn dadurch keine der Interessengruppen massiv schlechter gestellt wird. Darum ist es umso wichtiger, dass das politisch Machbare und das volkswirtschaftlich Gebotene nicht all zu sehr auseinanderdriften.

Das vorliegende Geschäft lebt diesen Grundsätzen in weiten Zügen nach. Eine der Akteurin innerhalb der verschiedenen Interessengruppen ist die Dachorganisation der Bündner Wirtschaft. Diese hat gefordert, dass die Steuerbelastung für Unternehmen in Graubünden diejenige der umliegenden Kantone nicht mehr übersteigt respektive, dass wir hinsichtlich der Steuerbelastung tiefer liegen als die umliegenden Kantone. Diese Zielsetzung wird mit der Teilrevision nicht in allen Punkten erreicht. Insbesondere nicht bei der Belastung von KMU's oder auch nicht bei der immer noch zu hohen Kapitalsteuer. Trotzdem setzt die Vorlage wichtige Akzente. Der Gewerbeverband stellt seine Interessen für die KMU zurück, um mehrheitsfähige Lösungen zu erzielen. Auch deshalb, weil mit der Reduktion der Nachlasssteuer wichtig für Geschäftsübergaben und die Beibehaltung der Sofortabschreibungen auf Investitionen wichtige Anliegen berücksichtigt worden sind.

Das übergeordnete Ziel lautet aber berechtigterweise: Wachstum. Es muss mit der Steuerrevision gelingen, bisherige Steuerzahlende in Graubünden zu binden, neue Steuerzahlende anzusiedeln und mehr Mittel für den Konsum und für Investitionen frei zu legen. Auf diese Weise wird die Steuerreform Wachstum in Graubünden

ermöglichen. Ist diese Haltung blauäugig? Ich glaube nein. Und ich kann diese Tatsache auf Grund von zwei verschiedenen Studien dokumentieren. Es ist nicht graue Theorie, wie Grossrätin Bucher vorhin gesagt hat, sondern Fakt. Denn einerseits stellt eine von der Bundesverwaltung eingesetzte Arbeitsgruppe fest, dass eine niedrige Steuerbelastung bei der Ansiedlung von Unternehmen respektive bei der Verhinderung von Wegzügen eine dominante Rolle spielt. Andererseits untermauert eine Studie mit dem Titel „Eine Steuerreform für mehr Wachstum in der Schweiz“ von Professor Keuschnik, Uni St. Gallen, dass nach einer Investition in tiefere Steuern durchaus ein Wachstumseffekt verzeichnet werden kann. Das Wachstum kann dabei die Steuerausfälle mehr als kompensieren. Allerdings tritt dieser Effekt, und da muss man ehrlich sein, nicht sofort ein, sondern dauert einige Zeit. Und ich zitiere weiter aus dieser Studie von Professor Keuschnik: „Die Vorteile einer wachstumsorientierten Steuerpolitik liegen also in der Zukunft und diese Zukunft liegt um so näher, je früher wir eine Reform anpacken.“ Ende Zitat. In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

#### **DETAILBERATUNG (GRP 2006/2007, 440)**

#### **ART. 87 ABS. 1, SENKUNG DES GEWINNSTEUERSATZES VON JURISTISCHEN PERSONEN VON 15% AUF 7%**

Schädler: Ich habe es in meinem Eintretensvotum bereits gesagt: Ein attraktives Steuerklima kann Steuerzahlende in Graubünden binden, neue Steuerzahlende werden sich vielleicht hier ansiedeln und es werden Mittel für den Konsum und für die Investitionen freigelegt. Dadurch kann ein Wachstum erzielt werden, welches unbestritten allen Bündnerinnen und Bündnern zugute kommen kann. Im Maximalsatz der Gewinnsteuer für juristische Personen tritt das Defizit der heutigen wachstumshemmenden Gesetzgebung besonders eklatant zu Tage. Wir können uns nicht mehr leisten, soweit abseits zu stehen. Und ich bin froh darüber, dass der Grosse Rat in der Oktobersession 2005 wichtige Pflöcke eingeschlagen hat und eine Reduktion des maximalen Gewinnsteuersatzes auf 7,5 Prozent mit 96 zu 0 Stimmen befürwortet hat. Damit wurde es wirklich unbestritten manifestiert. Wir sollten unsere Wirtschaft, welche mit grossen Standortnachteilen zu kämpfen hat, nicht über Gebühr mit Steuern belasten, sondern vielmehr Anreize schaffen.

Wenn heute die Forderung der Kommissionsmehrheit im Raum steht, das Maximum der Gewinnsteuer sogar auf sieben Prozent festzulegen, so sprechen dafür sehr gute Gründe. Vor allem aber ist die beherzte, zielorientierte Umsetzung der Strategie zu erwähnen. Eine Strategie, wonach sich der Kanton Graubünden über längere Zeit im Mittelfeld der Rangliste der Belastung juristischer Personen behaupten soll. Die Bündner Wirtschaft braucht ein Steuerklima, ich habe es erwähnt, welches sich im vorderen Mittelfeld des gesamtschweizerischen Index bewegt. Und wir wollen nicht bereits nach kurzer Zeit wieder feststellen müssen, dass wir im hinteren Drittel anzutreffen sind. Denn der Steuerwettbewerb ist bekanntlich ein dynamischer Prozess. Es sind nicht nur wir Bündner, die sich über die optimale Belastung Gedanken machen.

Mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit geht es heute nicht darum, noch etwas mehr aus der Teilrevision herauszukitzeln. Nein, es geht vielmehr darum, ein wirklich kompetitives Steuersystem und Steuerklima zu schaffen. Wenn Sie sich also für eine aktive Wachstumspolitik stark machen wollen, wenn Sie sich für eine wirklich wettbewerbsfähige Steuerbelastung in der Nähe des schweizerischen Mittels, wenn Sie sich also für gleich lange Spiesse einsetzen wollen und wenn Sie diese Strategie beherzt umsetzen wollen, dann stimmen Sie dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu. Ich bitte Sie darum.